

*CONSEIL FÉDÉRAL*  
*Procès-verbal de la séance du 18 mars 1924*<sup>1</sup>

553. Abdul-Medjid, der Kalif, in Territet

Mündlich

Bekanntlich hat die türkische Regierung den seinerzeit von der Grossen Nationalversammlung gewählten Kalifen Abdul-Medjid, nachdem die Nationalversammlung die Aufhebung des Kalifats beschlossen hatte, kurzerhand samt

---

1. Etait absent: J. M. Musy.



andern Mitgliedern seines Hauses aufgefordert, das Land zu verlassen. Dem Kalifen und seiner Umgebung wurde keine Zeit zu gehöriger Vorbereitung der Reise und zur Auswahl seines Reiseziels gelassen; vielmehr wurde er nach Tschataletscha geführt, es wurde ihm ein Pass nach der Schweiz ausgehändigt und er wurde in den Eisenbahnzug gesetzt, der zur Abfahrt bereit stand. Der Pass war versehen mit einer Empfehlung der Schweizer-Vereinigung (Union-Suisse) von Konstantinopel, welche besagt, der Kalif komme nach der Schweiz, hiezu aufgefordert von der türkischen Regierung. Die Schweizer-Vereinigung ist zur Ausstellung solcher Empfehlungen berechtigt, die das mangels einer amtlichen Vertretung der Schweiz in Konstantinopel<sup>2</sup> nicht erhältlich Passvisum ersetzt. Die türkische Vertretung in Bern hat dem Bundesrat keinerlei Mitteilung von der bevorstehenden Einreise des abgesetzten Kalifen in die Schweiz gemacht, vermutlich weil sie sich des Kalifen so rasch wie möglich entledigen wollte. Ob die Schweizer-Vereinigung in Konstantinopel den Versuch gemacht hat, den Bundesrat rechtzeitig zu benachrichtigen, ist noch nicht festgestellt.

Bei seiner Ankunft in Territet wurde der Kalif vom waadtländischen Polizeichef Jaquillard empfangen. Die Frage, ob er einen besondern polizeilichen Schutz wünsche, schien den Kalifen zu überraschen; er erwiderte, er glaube nichts befürchten zu müssen, lehnte das Angebot aber nicht ohne weiteres ab, und so ist denn eine unauffällige Überwachung des Kalifen angeordnet worden. In Territet ist die Anwesenheit dreier Türken festgestellt worden, die anscheinend ohne feindliche Absichten, vermutlich im Auftrag der türkischen Regierung, den Kalifen beobachten.

Im Auftrag des politischen Departementes begab sich Legationsrat Traversini am 9. März 1924 nach Territet. Er hatte dort eine Besprechung<sup>3</sup> mit Sali Keramet Bey, dem Privatsekretär des Kalifen, aus welcher sich ergibt, dass der Kalif zur Zeit weder über die vermutliche Dauer seines Aufenthaltes in der Schweiz noch über die Möglichkeit, in einem andern Land Aufenthalt zu nehmen, irgendwelche bestimmte Auskunft zu geben in der Lage ist. Die Überstürzung seiner Abreise und Reise liessen ihm keine Zeit zu Überlegungen oder gar Erhebungen in der genannten Richtung. Was die Heimathörigkeit des Kalifen und seiner Begleitung anbelangt, so ist der Privatsekretär der Meinung, es könne schon angesichts der von der türkischen Regierung ausgestellten Pässe kein Zweifel darüber bestehen,

---

2. *La Suisse ne possédait aucune représentation officielle dans l'ancien empire ottoman. Pendant la même séance, le Conseil fédéral se pencha sur cette question: [...] der Bundesrat müsse doch darauf Bedacht nehmen, in absehbarer Zeit eine Vertretung der Schweiz in der Türkei zu schaffen. Vorläufig dürfte zwar die wirtschaftliche Bedeutung einer solchen Vertretung nicht allzu hoch angeschlagen werden. Allein, wenn durch Ratifikation der Lausanner Verträge das Kapitulationensystem in der Türkei endgültig fällt, so sei es notwendig, den Schweizern, die jetzt schon in der Türkei leben, und denjenigen, die voraussichtlich in den nächsten Jahren dort Arbeit und Verdienst suchen werden, einen Rückhalt zu geben. Soll die Vertretung den ihr erwachsenden Aufgaben gerecht werden und das nötige Gewicht und Ansehen haben, so erscheine es geboten, einen Vertreter von Beruf und zwar einen tüchtigen, erfahrenen Mann dorthin zu entsenden. Welcher Art diese Berufsvertretung sein soll, wäre noch zu prüfen (E 1004 1/290, n° 552). Ce n'est que le 16 avril 1926 que le Conseil fédéral décidera l'envoi d'un Chargé d'Affaires en Turquie, cf. DDS 9, n°s 3, 29, 177.*

3. *Pour le compte rendu de cette entrevue portant la date du 10 mars, cf. E 2001 (B) 5/18.*

dass die in Frage stehenden Personen ihre türkische Staatszugehörigkeit dauernd beibehalten. Der Privatsekretär versicherte überdies ausdrücklich, der Kalif sei fest entschlossen, nach Massgabe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu leben.

Als der Vorsteher des politischen Departementes von diesen Feststellungen dem Bundesrat in der Sitzung vom 11. März 1924 Kenntnis gab<sup>4</sup>, fügte er bei, es sei zur Zeit noch nicht abzusehen, welche Folgen die Aufhebung des Kalifats durch die Nationalversammlung in Angora und die Absetzung des Kalifen zeitigen werde, und es sei nicht ausgeschlossen, dass die Anwesenheit des abgesetzten Kalifen in der Schweiz Schwierigkeiten nach sich ziehen werde. Der Vorsteher des politischen Departementes nahm daher damals schon in Aussicht, vom Kalifen die Zusicherung zu verlangen, dass er sich, solange er in der Schweiz weilt, aller politischen Werbetätigkeit und Wirksamkeit enthalte.

Dies hat sich rasch als notwendig erwiesen; denn schon am selben 11. März erliess der entsetzte Kalif einen Aufruf an die muselmanische Welt, worin er gegen die Aufhebung des Kalifats Einspruch erhebt und die muselmanische Welt auffordert, auf einem allgemeinen Kongress zur Frage des Fortbestandes des Kalifates Stellung zu nehmen.

Daraufhin trat am 13. März die Delegation für auswärtige Angelegenheiten zusammen, um die Lage zu besprechen. Sie einigte sich dahin, es sei ein Beamter des politischen Departementes nach Territet mit dem Auftrag zu entsenden, dem gewesenen Kalifen mitzuteilen, er habe sich jeder politischen und religiösen Werbetätigkeit zu enthalten, ansonst der Bundesrat sich genötigt sehen würde, ihn einzuladen, das Gebiet der Schweiz zu verlassen. Am nächsten Tage entledigte sich Legationsrat Traversini dieses Auftrages<sup>5</sup> beim gewesenen Kalifen. Dieser und sein Sekretär erwiderten hierauf, der Kalif sei, wenn er nicht sich jeder Würde begeben wollte, genötigt gewesen, der muselmanischen Welt von der ihr widerfahrenen Beleidigung Kenntnis zu geben, dagegen Einspruch zu erheben und sie aufzufordern, sich über die Zukunft des Kalifats auszusprechen. Nun erwarte er ihre Antwort. Bei alledem handle es sich weder um religiöse noch um politische Werbetätigkeit. Der Aufruf des Kalifen richte sich weder gegen einen Staat, noch gegen eine Regierung. Abdul Medjid verlange nicht, nach der Türkei zurückzukehren oder neuerdings mit der Würde des Kalifen bekleidet zu werden. Er wünsche nur, dass die in der Welt zerstreuten muselmanischen Gemeinschaften sich über die durch einen Missbrauch der Macht geschaffene Sachlage in aller Freiheit auf einem Kongress aussprechen können, dessen Beschluss für ihn unbedingt verbindlich wäre. Die Wahl Abdul Medjids zum Kalifen sei seinerzeit stillschweigend von der ganzen Welt des Islams genehmigt worden, und jetzt handle es sich darum, zu wissen, ob der Islam die Absetzung seines geistlichen Oberhauptes, des Sprösslings eines Herrscherhauses billige, das seit Jahrhunderten die Geschicke des Islams gelenkt habe. Daher müsse der Kalif dringend bitten, dass ihm gestattet werde, mit der muselmanischen Welt in Fühlung zu bleiben. Werde ihm dies verweigert, so würde er damit zum Gefangenen gemacht.

Legationsrat Traversini erklärte sich bereit, dem Bundesrat vom Wunsche des

4. *Il n'existe pas de rubrique relative à cette affaire dans le PVCF du 11 mars 1924.*

5. *Le compte rendu de l'entretien avec le Calife est reproduit en annexe.*

Kalifen Kenntnis zu geben, machte aber darauf aufmerksam, dass dieses In-fühlungbleiben mit der muselmanischen Welt unter Umständen dazu führen könnte, Territet zum Mittelpunkt einer religiösen und politischen Bewegung zu machen, was der Bundesrat nicht dulden könnte, und was mit den Pflichten dessen, der unser Land als Zufluchtsort in Anspruch nimmt, nicht vereinbar wäre. Er fügte bei, er stelle fest, dass der Kalif Vormerk genommen habe von der Bedingung, an welche der Bundesrat den weitem Aufenthalt des Kalifen in der Schweiz knüpfen müsse, nämlich dass der Kalif sich aller politischen und religiösen Werbetätigkeit zu enthalten habe. Der Kalif und sein Sekretär bestätigten dies.

Der Vorsteher des politischen Departementes führt des weitem aus, zur Zeit könne von einer Verweigerung des Aufenthaltes nicht wohl die Rede sein, auch nicht wegen des Zivilstands des Kalifen, welcher wohl kaum Anlass zu Schwierigkeiten geben werde, wenn schon angenommen werden müsse, dass drei der Begleiterinnen des Kalifen nach türkischem Recht als seine legitimen Frauen zu gelten haben. Auch werde sich kaum verhindern lassen, dass der Kalif mit der muselmanischen Welt in etwelcher Verbindung bleibe. Dagegen könne der Bundesrat die Ausübung von Handlungen, die als Ausfluss des Kalifenamtes erscheinen, auf dem Gebiet der Schweiz nicht dulden; der Kalif müsse also aufhören, die Veranstaltung eines allislamischen Kongresses zu betreiben und seine religiös-politische Wirksamkeit einstellen.

Der Vorsteher des politischen Departementes fügt bei, der zum Austausch der Ratifikationsurkunden für den in Lausanne abgeschlossenen polnisch-türkischen Vertrag nach Bern entsandte Präsident der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten der türkischen Nationalversammlung, Chucri Kaya, habe gestern mit dem türkischen Geschäftsträger bei ihm vorgesprochen und dabei seiner Befriedigung über die Haltung des Bundesrates gegenüber dem gewesenen Kalifen Ausdruck gegeben. Die türkische Regierung, die sich jeder Einmischung in die religiösen Verhältnisse anderer Staaten zu enthalten habe, aber auch gewillt sei, keine derartige fremde Einmischung bei sich zu dulden, habe Abdul Medjid entfernen müssen, weil er die Absicht an den Tag gelegt habe, in der Türkei einen panislamitischen Kongress zur Regelung der das Kalifat betreffenden Fragen zu veranstalten. Chucri Kaya vertrat ferner die Ansicht, alle Schritte, die der abgesetzte Kalif in dieser Richtung allenfalls jetzt noch unternehmen könnte, seien zum vornherein aussichtslos. Über die Vermögensumstände des gewesenen Kalifen äusserte sich der Abgesandte der türkischen Regierung, der Kalif sei mit Reisegeld versehen worden; er besitze ansehnliche Güter in der Türkei und es sei ihm eine Frist von einem Jahre eingeräumt worden, um sie zu versilbern. Soweit dies nach Ablauf des Jahres nicht geschehen sei, würde die türkische Regierung die Güter an sich ziehen und dem gewesenen Kalifen eine Entschädigung dafür auszahlen. Die Kalifenbesoldung sei natürlich mit der Absetzung dahingefallen, aber es liege nicht in der Absicht der türkischen Regierung, den abgesetzten Kalifen schlecht zu behandeln.

*In der Beratung ergibt sich allgemein Zustimmung zu dem vom Vorsteher des politischen Departementes eingenommenen Standpunkt hinsichtlich der Duldung des gewesenen Kalifen in der Schweiz.*

Die Frage, ob der Kalif exterritorial sei, ist zu verneinen. Andere Staaten haben sich bis anhin um den Kalifen und seinen Aufenthalt in der Schweiz nicht geküm-

ment. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Angelegenheit weiter entwickelt. Sollte Abdul Medjid wieder Kundgebungen wie seinen Aufruf vom 11. März erlassen, so wäre zum Einschreiten Anlass gegeben. Wünschbar wäre es, sich mit der türkischen Regierung darüber zu verständigen, wie sie sich den weiteren Verlauf eigentlich dachte, als sie den abgesetzten Kalifen in die Schweiz schickte.

#### ANNEXE

E 2001 (B) 5/18

#### *Compte rendu du Secrétaire de Légation, E. Traversini*

Le vendredi 14 mars j'arrive à 3 heures à Territet et suis aussitôt conduit près de l'ex-calife. Je dis à Abdul Medjid que les journaux lui ont sans doute appris déjà le but de ma visite, que je suis, en effet, chargé de lui faire savoir que, surpris par la publication du manifeste du 11 mars, le Conseil fédéral met comme condition formelle à un séjour ultérieur en Suisse l'abstention totale de tout acte de propagande politique ou religieuse.

La déclaration que je fais au calife, paraît l'impressionner vivement. C'est le secrétaire qui me répond en disant: «C'est la prison, alors.» Et Abdul Medjid ajoute, en levant les bras: «Je ne pouvais pas ne pas protester, le monde musulman n'aurait pas compris que le calife pût se taire alors qu'il venait d'être l'objet d'une mesure injuste et sans valeur.»

Le secrétaire reprend la parole pour me dire qu'ils n'ont jamais eu l'intention d'entreprendre une action politique ou religieuse et qu'il leur serait pénible d'apprendre que le Gouvernement du pays où ils ont trouvé l'hospitalité pourrait les croire capables de se livrer à un acte qui pût créer des difficultés quelconques à ce Gouvernement. Sous peine d'abdiquer toute dignité, le calife devait protester, faire connaître au monde musulman l'outrage subi, lui demander de se prononcer sur l'avenir du califat. Le calife a fait le geste qu'il devait aux Croyants de faire. Le monde musulman est maintenant saisi de la question. Le calife attend sa réponse.

Mais des télégrammes parviennent au calife, des Indes, de l'Egypte, de Berlin, témoignages de sympathie et de respect. Il en viendra certainement d'autres. Il faudra bien parfois répondre à ces télégrammes. Des Musulmans pourront — si on leur permet de partir — venir de loin<sup>6</sup> pour discuter avec le calife la question même du califat, de son existence. Sera-t-il interdit à Abdul Medjid de recevoir ses fidèles?

«Nous ne le pensons pas. Autre chose serait, naturellement, si un député de la Grande Assemblée demandait une audience. Ce serait là un acte politique que nous nous interdirions.»

J'interromps pour dire que tout ceci, ces allées et ces venues, ces échanges de dépêches ferait de Territet le centre d'une agitation soit religieuse soit politique soit, encore, religieuse et politique — les deux domaines n'étant pas toujours séparés par des cloisons étanches — que le Conseil fédéral ne saurait tolérer et qui se concilierait mal avec les devoirs qui découlent du droit d'asile pour celui qui en est le bénéficiaire.

«Non, reprend le secrétaire, ce n'est pas de la propagande ni religieuse ni politique que nous faisons. Notre attitude n'a rien d'hostile. Notre action n'est dirigée contre aucun Etat, aucun Gouvernement. Encore une fois, nous n'en voulons à personne, pas plus à Kemal Pacha qu'à aucun autre Chef d'Etat. Nous ne demandons pas de rentrer en Turquie, nous ne demandons pas d'être de nouveau investis de la dignité de calife. Ce que nous demandons, c'est de voir les communautés musulmanes répandues dans le monde se prononcer sur une situation créée par un abus de pouvoir, par un coup de force. Nous souhaitons que le Congrès dont parle notre manifeste puisse se réunir et se prononcer en toute liberté sur la question du califat. Sa décision sera pour nous souveraine.

Je demande: «Estimez-vous que ce Congrès, s'il se réunissait un jour, pourrait tenir ses assises en Suisse?»

---

6. Note en marge de P. Dinichert: si on leur accorde l'entrée en Suisse.

21 MARS 1924

865

— N'importe où, me répond-on, mais, cela va de soi, avec l'assentiment préalable de l'Etat sur le territoire duquel il désirerait siéger.

Sur une allusion nouvelle faite à l'indignité de la mesure prise par la Grande Assemblée, je demande à Abdul Medjid sur quoi il se base pour contester la validité de cet acte. N'est-ce pas le Gouvernement de la Grande Assemblée qui l'a désigné comme calife en même temps qu'il déposait Mehmed VI, qui réunissait en lui la qualité de Sultan et celle de Commandeur des Croyants. La dignité qu'Angora a conférée à Abdul Medjid ne pouvait-elle la lui ôter?

Réponse: «La Grande Assemblée actuelle a été élue sur un programme qui prévoyait, entre autres le maintien du califat.<sup>7</sup> Elle est donc parjure en abolissant cette institution une fois les élections faites.

Je fais observer que, pour être logique, il faudrait admettre que si, dans le programme dressé par Kemal Pacha en vue des élections, aucun article n'avait prévu le maintien du califat, la suppression de celui-ci par l'Assemblée ne pourrait soulever, de la part d'Abdul Medjid, aucune objection.

Là-dessus, le secrétaire déclare que l'élection d'Abdul Medjid au califat avait été ratifiée *tacitement* par le monde musulman et qu'il s'agit précisément de savoir si ce même monde musulman ratifiera la déposition de son chef spirituel, issu d'une dynastie qui, depuis des siècles, guidait les destinées de l'Islam.

«En somme, ce que nous désirons, c'est de pouvoir conserver avec le monde musulman un contact dont la privation ferait du calife un prisonnier. Nous vous prions de dire cela au Conseil fédéral, nous vous en prions instamment.»

Je ne crois pas devoir opposer un refus à cette demande, mais, pour laisser derrière moi une situation nette, je réponds en ces termes: «Je veux bien faire connaître au Conseil fédéral votre désir de pouvoir communiquer avec les Musulmans en vue des mesures à prendre pour permettre à ceux-ci de se prononcer sur le sort futur du califat, mais il est entendu que vous avez pris acte de la décision du Conseil fédéral que je vous ai communiquée au début de notre entretien et aux termes de laquelle la condition formelle mise à un séjour ultérieur du calife en Suisse est l'abstention totale de tout acte de propagande politique ou religieuse.»

— C'est bien cela, me répond le secrétaire. C'est bien cela, répète le calife.

---

7. Note en marge de P. Dinichert: il s'agit donc de l'institution, et non de la personne.